

schen „marktzentrierten“ und keynesianisch/solidarischen Paradigmen/Idealtypen verortet wird, wäre genau diese Frage nach „Weichensteller“ und „Blamage“ fruchtbar gewesen. Taylor-Gooby greift diese Frage, ebenso wie Böcker, in seinem zweiten Beitrag (Arbeitsmarktpolitik in Frankreich, Deutschland und Großbritannien) teilweise auf und gesteht „Ideen“ eher eine unterstützende Rolle vor dem Hintergrund gegebener Akteurskonstellation und Machtressourcenverteilung zu.

Insgesamt bietet der Band in erster Linie eine Bestandsaufnahme – wenn auch eine sehr nützliche – konkurrierender Ideen in den einzelnen Politikfeldern, die in Diskursen wirkungsmächtig geworden seien.

*Isabela Mares: Taxation, Wage Bargaining, and Unemployment.* Cambridge/New York: Cambridge University Press 2006, 288 S., £ 45,-.

*Marius R. Busemeyer*

*Isabela Mares* legt mit „*Taxation, Wage Bargaining, and Unemployment*“ den Nachfolger ihres beeindruckenden Erstlingswerks, „*The Politics of Social Risk*“, vor. Auch das neue Werk ergänzt und bereichert die Forschungsrichtung der *Comparative Political Economy*, die sich an der Schnittstelle zwischen Politik- und Wirtschaftswissenschaften durch die Offenheit gegenüber formalen Modellierungen und quantitativen Analysen einerseits und historisch-institutionalistischen Fallstudien andererseits auszeichnet.

Mares' Untersuchung schafft es beispielhaft, diese Methodenvielfalt zur Beantwortung der zentralen Fragestellung konstruktiv zum Einsatz zu bringen, ohne dass dabei die Konsistenz und Kohärenz des Arguments zu stark in Mitleidenschaft gezogen würden. Insbesondere erleichtert die klare und verständliche Sprache auch dem mit formalen Modellierungen weniger vertrauten Leser die Nachvollziehbarkeit des Argumentationsgangs.

Inhaltlich beschäftigt sich Mares mit einer eigentlich alten Fragestellung der vergleichenden politischen Ökonomie: dem Zusammenhang zwischen dem Wohlfahrtsstaat und dem

institutionellen Gerüst des Lohnverhandlungssystems, in anderen Worten: „the conditions under which unions are willing to deliver wage restraint in exchange for the provision of social services and transfers“ (10). Auf der Akteurs-ebene (sowohl im formalen Modell als auch in den Fallstudien) rücken damit Gewerkschaften und ihre Präferenzen in den Mittelpunkt der Analyse. Der zweite wichtige Erklärungsanspruch, den Mares erhebt, ist, den Wandel des korporatistischen Austauschprozesses (und seiner Verhandlungsgegenstände) nicht nur auf einer faktischen, sondern auch auf einer theoretischen Ebene zu verstehen und zu erklären. Letzten Endes ist Mares aber an den Auswirkungen der sozioökonomischen Institutionen auf die Beschäftigungsentwicklung interessiert, wobei die Lohnzurückhaltung durch Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielt.

In Abgrenzung zu früheren Modellen der politischen Ökonomie (Calmfors-Drifill, Iversen-Soskice) postuliert Mares, dass Gewerkschaften nicht nur an der Maximierung der Löhne oder der Sozialtransfers für ihre Mitglieder interessiert sind, sondern auch an „social services“ (40-41). In korporatistischen Austauschprozessen sei es somit möglich, den Gewerkschaften neben klassischer Sozialpolitik auch andere Güter anzubieten (soziale Dienstleistungen, Steuererleichterungen). Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterscheidung zwischen Insidern und Outsidern (oder: Gewerkschafts-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern), denn eine Zunahme von Outsider-Gruppen geht einher mit einer sinkenden Bereitschaft der Gewerkschaften zu Lohnzurückhaltung und damit mehr Arbeitslosigkeit (44).

Als weitere politisch-institutionelle Stellgrößen nennt die Autorin den Grad der Zentralisierung des Lohnverhandlungssystems und die makroökonomische Politik (akkommodierend oder nicht) – klassische Variablen der vergleichenden politischen Ökonomie, deren Einfluss auf die Beschäftigung gut erforscht ist. Ein interessanteres Argument macht Mares hinsichtlich der Rolle des Wohlfahrtsstaates: Einerseits war und – wenn man ihr folgt – ist die sozialpolitische Expansion ein wichtiges Element der korporatistischen Strategie, die Gewerkschaften zu Lohnzurückhaltung bringt. Andererseits führen die steigenden Finanzierungsbedürfnisse des Wohlfahrtsstaates dazu, dass die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften zur Auswei-

tung der Beschäftigung immer weniger effektiv wird (45), denn Löhne stellen einen immer kleineren Teil der Gesamtlohnkosten dar und Lohnnebenkosten steigen (18). Damit dieser Mechanismus greift, muss allerdings angenommen werden, dass Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen nur das verfügbare Einkommen und nicht die Brutto Lohnkosten im Blick haben.

Nach einer nicht-technischen Einleitung und Zusammenfassung des Argumentes entwickelt Mares in Kapitel 1 das soeben dargestellte Modell und setzt es in Kapitel 2 einer empirischen Überprüfung im Rahmen einer umfassenden quantitativen Analyse von 14 OECD-Staaten zwischen 1960 und 1995 aus. Im Anschluss folgen detaillierte Fallstudien zu Schweden (Kapitel 3), Deutschland (Kapitel 4) und Großbritannien (Kapitel 5) für die Zeitperiode von 1945 bis Mitte der neunziger Jahre. Im abschließenden Kapitel geht Mares auf den Trend zu „Neuen Sozialen Pakten“ ein und versucht, diesen mit ihrem Modell zu erklären.

Positiv herauszuheben ist die gelungene Verbindung von formalen Modellen mit quantitativen Analysen und Fallstudien. Auch wenn das zentrale Argument durch die Komplexität des Modells und der vielen beweglichen Teile einiges an Stringenz verliert, bemüht sich Mares, über alle Kapitel hinweg den Bezug zur zentralen Fragestellung zu erhalten. Viele der aufgeworfenen Fragen und Thesen sind nicht neu, Mares fasst sie allerdings zu einem ganzheitlichen Modell zusammen und erfasst in überzeugender Weise den Feedback-Mechanismus zwischen wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung und korporatistischen Austauschprozessen.

Es bleibt allerdings eine Reihe von offenen Fragen und Punkten, die durchaus kritisch zu bewerten sind. Angesichts der Tatsache, dass das Buch in einem renommierten Verlag erschienen ist, fällt das Ausmaß der (inhaltlichen) Tippfehler auf. Man mag noch darüber hinweg sehen, dass Brandt vom Willy zum Willi umbenannt wurde. Im technischen Teil jedoch findet sich eine Reihe von Fehlern (vor allem bei Indexbeschriftungen, z. B. 24), die die Nachvollziehbarkeit erheblich erschweren. Auch der Titel des Buches, der „Taxation“ an die erste Stelle setzt, ist etwas irreführend gewählt, denn die Studie beschäftigt sich eigentlich nicht mit dem Vergleich von Steuersystemen oder Finanzierungsweisen des Wohlfahrtsstaates.

Zweitens zeigt Mares nicht, warum (oder dass) Gewerkschaften an sozialen Dienstleistungen und nicht an Sozialtransfers für ihre Mitglieder interessiert sind. Sie folgt dabei zu leichtfertig den Konventionen des formalen Modellierens, indem diese Präferenz der Gewerkschaften einfach angenommen wird. Nach der Lektüre des Falls Schweden wird offensichtlich, dass Mares dort ihre Inspiration für die These gewinnt. Aber ausgerechnet in Schweden haben soziale Dienstleistungen einen universalen Charakter und sind nicht auf Gewerkschaftsmitglieder zugeschnitten.

Drittens hinterfragt Mares nicht den Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigungswachstum. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Zusammenhang in den Nachkriegsjahrzehnten stark war. Wenn sich allerdings in den Folgejahrzehnten verschiedene Spielarten des Kapitalismus herausgeprägt und manifestiert haben, dann wird der Zusammenhang weniger stark, denn Länder verfolgen unterschiedliche Lohnstrategien (Hochlohn, Niedriglohn) mit ähnlichen Beschäftigungsergebnissen. Auf diese Literatur geht Mares erstaunlicherweise gar nicht ein.

Viertens ist die Unterscheidung zwischen Insidern und Outsidern unsauber gezogen und passt sich ggf. den „Notwendigkeiten“ der empirischen Analyse oder der Fallstudien an. Hier überlagern sich die Kriterien Arbeitsmarkt-Insider/Outsider und Gewerkschafts-Mitglied/Nicht-Mitglied. Besonders deutlich wird dies bei der Gruppe der Rentner: Diese werden eigentlich als Outsider bewertet (69), sind aber doch auch teilweise Gewerkschaftsmitglieder. Die von Mares implizierte Schlussfolgerung, Gewerkschaften setzten sich nicht ein für großzügigere Renten, weil Rentner Outsider sind, entspricht nicht der empirischen Realität.

Fünftens wird Mares ihrem Anspruch, den Wandel des korporatistischen Austauschprozesses über die Zeit hinweg zu erklären, nicht ganz gerecht. Zunächst fällt auf, dass in der quantitativen Analyse bei den entscheidenden unabhängigen Variablen institutionelle Makro-Indizes zum Einsatz kommen, die gar nicht oder nur wenig über die Zeit variieren (z. B. der Grad der Zentralisierung des Lohnverhandlungssystem, 65) und somit nicht den Wandel erfassen können. In den Fallstudien wird dieser Mangel noch offensichtlicher, denn Mares räumt der Nacherzählung gewerkschaftlicher

Lohnstrategien aus den Nachkriegsjahrzehnten großen Raum ein, obwohl diese Perioden schon gut erforscht sind, und betrachtet das letzte Jahrzehnt, in dem in allen drei Ländern erhebliche relevante Veränderungsprozesse stattgefunden haben, überhaupt nicht. Dies verwundert sehr, zumal das Titelbild des Buches eine Anti-Hartz-Demonstration in Berlin zeigt.

Sechstens fällt auf, dass Mares in Abgrenzung zu ihrem früheren Werk die Arbeitgeber fast vollständig aus dem Blick verliert. Insbesondere geht sie nicht auf die Rolle der Arbeitgeber in der Transformation des schwedischen Modells Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre ein, von dem sie im Wesentlichen den Eindruck von Kontinuität vermittelt. Vielleicht muss „Taxation, Wage Bargaining, and Unemployment“ auch als komplementäre Ergänzung zu „The Politics of Social Risk“ verstanden werden: Es liegt im Interesse der Arbeitgeber, die Expansion des Wohlfahrtsstaates zu unterstützen, damit dieser wiederum im Rahmen korporatistischer Austauschprozesse die Bereitschaft der Gewerkschaften zu Lohnzurückhaltung befördert. Diese Logik legte die Korporatismusliteratur jedoch bereits vor 25 Jahren offen.

*Ulrike Lindner*: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. München: R. Oldenbourg 2004, 581 S., € 64,80.

*Kai Mosebach*

Im Zeitalter marktorientierter Gesundheitsreformen ist es gelegentlich hilfreich, sich an die Ursprünge nationaler Gesundheitssysteme zu erinnern. Vermeintlich „neue Probleme“ erscheinen dann nicht in neuem, sondern in altem Licht und regen an, sich über Versorgungsprobleme und die „neuen“ Lösungsansätze vor einem alternativen Hintergrund Klarheit zu verschaffen.

Genau diesem Ansinnen dient das Buch über die Herausbildung von Gesundheitspolitik in Großbritannien und Deutschland in der Nachkriegszeit, in welchem Ergebnisse der vergleichenden Geschichtsforschung präsentiert

werden. Die Autorin *Ulrike Lindner* ist wissenschaftliche Assistentin am Historischen Institut der Universität der Bundeswehr in München.

In ihrer Analyse des Entwicklungsverlaufs sowie der Stärken und Schwächen des britischen und des deutschen Gesundheitssystems kann Lindner charakteristische Merkmale beider Systeme herausarbeiten, die noch heute in der gesundheitspolitischen Debatte als Mängel bzw. Reformleitbilder artikuliert werden. Nach einer vergleichenden Beschreibung der Grundstrukturen der Gesundheitsversorgung in den beiden Ländern in der Nachkriegszeit (33 ff.) untersucht die Autorin anhand von vier Fällen die Stärken und Schwächen der Versorgungsrealität in den beiden Systemen.

Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Analyse der Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Bekämpfung von Tuberkulose (127 ff.) und Kinderlähmung (221 ff.) sowie der Umgang mit Geschlechtskrankheiten (283 ff.) und mit der Vorsorge für Schwangere und Säuglinge (398 ff.) im deutschen und im britischen Gesundheitswesen. Die Analyse öffnet zudem den Blick für die verschiedenen institutionellen und organisatorischen Strukturen und Traditionen, aus denen heraus die Erfolge, Misserfolge und Besonderheiten der Versorgung in den beiden Gesundheitssystemen verständlich werden.

Viele Unterschiede in der Schwangerenvorsorge lassen sich aus den grundsätzlich verschiedenen Finanzierungsmustern erklären: hier der steuerfinanzierte nationale Gesundheitsdienst (NHS), der durch den höheren Integrationsgrad von medizinischen und sozialen Dienstleistungen z. B. eine eng aufeinander abgestimmte Vorsorge für Schwangere leisten kann, aber etwa Fragen des arbeitsplatzbezogenen Mutterschutzes ausklammert – dort das sozialversicherungs-basierte deutsche System, das etwa in der Schwangerschaftsvorsorge gerade an dieser Stelle ansetzt, indem es Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz und finanzielle Unterstützung gewährt.

Die Grundstrukturen der beiden Gesundheitssysteme (nationaler Gesundheitsdienst versus Sozialversicherung; national integrierter NHS versus föderal und sektoral desintegriertes Gesundheitssystem) führten jedoch auch zu unerwarteten Ergebnissen – so beispielsweise bei der Bekämpfung der Tuberkulose, für die ab Mitte der 1950er Jahre neue hochwirksame